

Mit der Demokratie neu beginnen.

Gegen die Politik der Angst, für eine Politik der Hoffnung

Von den jüngsten Wahlen – und überhaupt von den Geschehnissen der letzten Monate bleibt auch bei uns zunächst der Schrecken. Doch: Was als Durchmarsch der Rechten, der Entrechtung und der Gewalt erscheint, verweist genau besehen eher auf eine Polarisierung, damit aber auf die Chance einer Politisierung (nicht nur) der europäischen Gesellschaften. Am greifbarsten scheint das wie so oft anderswo der Fall zu sein, im Süden Europas, weit weg in den USA, sogar in Großbritannien. Doch könnte das Pendel auch in Deutschland nach links schlagen – wir glauben: deutlicher und schneller, als viele das für möglich halten.

*Der Vorschlag, den wir hier im Folgenden skizzieren, gilt zunächst der Zeit bis zu den nächsten Bundestagswahlen, der Zeit bis zum Herbst 2017. Wir schlagen vor, im Wahlkampf mit einem Prozess der Politisierung zu beginnen, in dem es nicht zuerst um Parteien und ihre Kandidat*innen, nicht um das Sammeln von Stimmen für andere, sondern um das gemeinsame Programm und, mehr noch, um das gemeinsame Projekt eines linken gesellschaftlichen Aufbruchs, eines linken gesellschaftlichen Pols geht. Wir schlagen vor, aus der Gesellschaft heraus, in dieser Gesellschaft und für diese Gesellschaft solidarisch um dieses Programm und Projekt zu ringen. Und: Wir schlagen vor, damit in lokalen politischen Foren zu beginnen, von unten nach oben und quer zu den politischen Bindungen, in denen wir stehen und in denen die meisten von uns auch weiterhin politisch aktiv sein werden. Die Orientierung auf den Herbst 2017 ist dabei nur eine erste Frist, weil es nicht nur um die Herausbildung, sondern auch um die Durchsetzung eines gemeinsamen linken Projekts geht: um die wirkliche Umwälzung dieser Gesellschaft in ihrer sozialökologischen Transformation. Deshalb ist die gemeinsame Arbeit, zu der wir einladen, eine Arbeit der nächsten zehn Jahre.*

Die Welt ändert sich. Sie verändert sich radikal und in ungeahntem Tempo. Wie so oft geht das Neue mit dem Schrecken einher. So wurde im Durchschnitt an jedem dritten Tag des vergangenen Jahres ein Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete verübt: versuchter Mord in ungezählten Fällen. Während Wahl um Wahl Rechtsradikale in die Parlamente einziehen, weiß die politische Mitte nichts Besseres zu tun, als sich der Drift nach rechts anzuschließen: bis hin zum offenen Bruch des Völkerrechts im infamen Pakt mit dem türkischen Regime.

Dieser Wandel macht zunächst eines deutlich: dass die beliebte Rede falsch war, das Zeitalter der Ideologien sei beendet und moderne Politik sei weder rechts noch links, sondern „sachlich“ und „problemangemessen“. Mehr noch: Diese Rede war und ist selbst ideologisch. Sie war und ist die Rede jener, die den Veränderungen dieser Welt mit einer Politik begegnen wollen, die möglichst wenig ändert – und die sich dabei auch noch gut fühlen und auf der richtigen Seite wähnen wollen, jenseits der „alten“, „gescheiterten“, angeblich „verhängnisvollen“ Rhetoriken und Praktiken der „Weltverbesserung“ oder gar des „Klassenkampfes“. Auch wenn wir diese Botschaft so oft gehört haben: Sie ist falsch und führt in die Irre. Die erste Lektion des Wandels, mit dem wir konfrontiert sind, lautet schlicht: Rechts und Links sind die beiden Pole des Politischen und können als solche nicht verwechselt werden. Die Mitte, wenn es sie überhaupt gibt, wird letzten Endes dem einen oder dem anderen Pol zugehören. Das heißt allerdings nicht, dass uns egal sein könnte, was sich dort tut – im Gegenteil.

Rechts und Links

Die Welt der Rechten schürt Ängste, sät Hass, predigt Gewalt, setzt auf Ungleichheit, schottet sich ab und grenzt andere aus. In der Welt der Rechten fällt den Menschen, der Politik und ihren „Staatsmännern“ nichts Besseres ein, als den von den reichen Ländern mitverursachten Wanderungsbewegungen aus den ärmeren Weltregionen mit der Diagnose „exzessiver Migration“ (David Cameron), der Forderung nach willkürlich gesetzten „Obergrenzen“ (Horst Seehofer) und dem repressiven Schutz der „kulturellen Identität“ Europas (Viktor Orbán) zu begegnen. In der Welt der Rechten sollen die Reichen reich bleiben und die Armen arm, die „Gebildeten“ privilegiert und die „Ungebildeten“ wo sie sind – auf dass die Sozialordnung gewahrt bleibe und der Markt seinem Wirken nachgehen könne. Von dem sollen dann „alle“ profitieren – wenn alles gut geht, also die Armen nicht allzu reich und die „Ungebildeten“ nicht allzu aufmüpfig werden. In der Welt der Rechten sind bestehende ökonomische Ungleichheiten „leistungsgerecht“, Geschlechtergerechtigkeit „widernatürlich“, ökologische Risikodiagnosen „übertrieben“ und Emanzipationsansprüche bestenfalls „unangemessen“, eigentlich aber „anmaßend“. Darin treffen sich alle: Rechtspopulist*innen und Neoliberale, AfD und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die Höckes und die Henkels.

Die Welt der Linken setzt dem autoritären Wohlstands-, Sicherheits- und Freiheitsdiskurs der Rechten ganz andere, diametral entgegengesetzte Vorstellungen einer guten Gesellschaft entgegen – und ganz andere, völlig konträre Praktiken gesellschaftlichen Handelns. Im Wissen um die Mitverantwortung Europas und des globalen Nordens an den Nöten des globalen Südens steht internationale Solidarität in der Welt der Linken ganz oben auf der politischen und sozialen Agenda. In der

Welt der Linken wird gegen die herrschende Politik der Verängstigung für eine Politik der Hoffnung gestritten. In der Welt der Linken wird die Lebbarkeit von Vielstimmigkeit und Verschiedenheit durch eine soziale Infrastruktur ermöglicht, die allen gleichermaßen den Zugang zu den gesellschaftlich notwendigen und wertgeschätzten Gütern erlaubt. Und in ihrer Welt ist die Vermeidung der ökologischen Katastrophe keine Frage von Preisen und „Heimatschutz“, sondern Menschenrecht und Menschheitspflicht.

Jetzt, wir

Linke gegen Rechte, die gute Welt gegen die schlechte: ist das nicht alles ein bisschen einfach? Die Antwort lautet: ja und nein. Ja, selbstverständlich ist die soziale Welt, zumal im globalen Maßstab, unendlich komplizierter. Aber am Ende des Tages, in der alltäglichen Auseinandersetzung um die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der konkreten Formen unseres Zusammenlebens, geht es doch um klar unterschiedene gesellschaftspolitische Gegenentwürfe. Die Rechte hat keine Probleme mit Praktiken „schrecklicher Vereinfachung“ – im Gegenteil, sie lebt davon. Die Linke muss der schrecklichen eine glückliche Vereinfachung entgegensetzen, eine Vereinfachung, die den Kern des gesellschaftlichen Geschehens trifft: gegen den Sozialchauvinismus der Rechten die linke Idee und Praxis einer offenen, egalitären und emanzipatorischen Gesellschaft in Anschlag bringen. Dazwischen liegt die scheinbar nur „pragmatische“ Verwaltung des Bestehenden, das „Krisenmanagement“, das weiterhin versuchen wird, sich als „vernünftige“, weil „pragmatische“ Instanz des vermeintlichen „Ausgleichs der Extreme“ in Szene zu setzen.

Wohlweislich: Rechte gibt es überall – in Politik und Wissenschaft, Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen. Rechte gibt es auch in der Sozialdemokratie, bei den Grünen und in der Linkspartei. Rechte gibt es unter deutschen Staatsangehörigen wie unter Zugewanderten und Geflüchteten, unter Männern, Frauen und allen anderen Geschlechtern. Wen dies überrascht, der sollte genauer hinschauen, und wer dies bei bestimmten Gruppen besonders „empört“ zur Kenntnis nimmt, verfolgt in der Regel rechte Absichten.

Linke wiederum gibt es nicht nur in der Linken, nicht nur in den Zusammenschlüssen und Organisationen, die sich ausdrücklich so nennen. Menschen, die links, doch nicht notwendig „Linke“ sind, gibt es im breiten Feld der politischen Unentschiedenheit, dem ersten und vielleicht sogar wichtigsten Feld, das es gegen die Politik der Angst auf die Seite einer Politik der Hoffnung zu ziehen gilt.

Deshalb ist die Welt der Linken potenziell attraktiv für viele, die sich selbst – dem herrschenden Diskurs folgend – „weder rechts noch links“ wännen, die „unpolitisch“ zu sein behaupten. Dabei ist die Behauptung, „unpolitisch“ zu sein, selbst ein politisches Statement, eine politische Haltung, ja eine politische Handlung. Das Politische im Unpolitischen zu entdecken, es für die Welt der Linken zu gewinnen: das ist die vielleicht größte Aufgabe, vor der wir heute stehen. Sie endlich anzugehen schließt ein gründliches Anderswerden auch der Welt der Linken ein: ihre Verwandlung zu einer Welt, in der viele Welten Platz haben. Die organisierte Arbeit am gemeinsamen Programm und Projekt dieser Welt, zu der wir einladen und die vielerorts bereits im Gange ist, wird dazu ein entscheidender Schritt sein. Ist sie gegenwärtig noch die Sache nur von einigen, die Sache einer Min-

derheit, kann sie schneller als gedacht – und warum eigentlich nicht? – zur Sache einer Mehrheit werden: der Mehrheit, auf die es ankommt.

Natürlich bildet sich unser gemeinsames Projekt zuerst in den laufenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, in den konkreten Widerständen, im täglichen Aktivismus wie in der professionellen Arbeit in den unterschiedlichsten Problemfeldern. Es bildet sich auch und gerade in den nächsten und fernerer sozialen Beziehungen des Alltagslebens heraus, auch in der Vielstimmigkeit kultureller und künstlerischer Schöpfung – überall dort, wo Menschen für sich und für alle nach einem „guten Leben“ suchen. Doch ist die Herausbildung von Programm und Projekt zuletzt immer auch eine gemeinsam und eigens anzugehende Sache – die Sache, zu der wir Euch hier einladen.

- ➔ Viele von uns gehören zu den Millionen von Menschen, die sich über Wochen und Monate hinweg praktisch dafür eingesetzt haben und noch immer dafür einsetzen, den Geflüchteten aus aller Welt hier einen Ort der Ankunft und des Willkommens zu bereiten.
- ➔ Ebenfalls über Wochen und Monate hinweg haben sich viele von uns den Aufmärschen der „Patriot*innen“ in den Weg gestellt, die ihr „Abendland“ vor der Welt abzuschotten suchen. Von Anfang an sind wir dabei auch dem rechten Mob begegnet – und der Mordlust, die ihn treibt.
- ➔ Einige von uns haben zum ersten Mal in dieser Form öffentlich Partei ergriffen, andere machen das nicht erst seit gestern, sondern schon seit Jahren.
- ➔ Vielen von uns fuhr der Schrecken nicht erst mit den 122 Brandsätzen des Jahres 2015 in die Glieder, sondern schon angesichts der Kälte, mit der im selben Jahr der demokratische Aufbruch in Griechenland blockiert wurde: Der Hass auf die Geflüchteten aus Syrien, aus dem Irak, aus Mali oder aus Bangladesch schließt bruchlos an die eisige Verachtung an, mit der nicht nur die Griech*innen, sondern der ganze Süden Europas und letztlich wir alle unter die Knechtschaft einer nie abzuhaltenden Schuld und eines nicht enden wollenden Elends gezwungen wurden.
- ➔ Für viele von uns war und ist die Solidarität mit dem griechischen Aufbruch nur die Fortsetzung eines langen Engagements gegen bald vier Jahrzehnte der neoliberalen Globalisierung und der neoliberalen Politik: gegen die Aushöhlung des Politischen, gegen die bis auf den Grund voran getriebene Plünderung der öffentlichen Güter, gegen den nicht minder gründlichen Raub der sozialen und der Arbeitsrechte, gegen die Auslieferung letztlich unserer ganzen Lebenszeit und Lebenswelt an den unstillbaren Verwertungshunger eines von jeder Hemmung befreiten Kapitals.
- ➔ Zu uns gehören all jene, die die Geringschätzung nicht vergessen werden, mit der die Politik den Einspruch erst der 250.000 und wenige Monate später der 90.000 Menschen blank ignoriert hat, die sich erst in Berlin und dann in Hannover, aber auch an ungezählten anderen Orten gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA versammelt haben. Zu uns gehören deshalb all jene, für die eine linke Antwort auf die soziale Frage keine Angelegenheit allein der unmittelbar Betroffenen, keine Fragen nur der Armen, der Abgehängten oder Aus-

gegrenzten, sondern von uns allen ist – als Antwort auf die Frage, in welcher Welt wir leben wollen und was das Gemeinwohl, was der *volonté générale* (Rousseau), der allgemeine Wille demokratischer Politik ist und sein soll.

- ➔ Wir, das sind alle, für die Gerechtigkeitsfragen als allgemeine Fragen einer letztlich globalen Gerechtigkeit immer auch ökologische Fragen, damit aber stets Fragen breiter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen und starker sozialer Bewegungen wie der eigenen individuellen Lebensweise in ihrem Verhältnis zuletzt zu allen anderen und zur Natur sind, also Fragen zugleich der Gerechtigkeit und der Freiheit.
- ➔ Darin ähneln sie den Fragen der Gerechtigkeit und Freiheit im Verhältnis der Geschlechter und Generationen, aber auch im Verhältnis eines und einer jeden zur Religion oder, anders betont, zur Moderne. Dass sich diese Fragen seit längerem schon, jetzt aber in aller Offenheit als solche einer Einwanderungsgesellschaft stellen, macht sie zu Fragen, auf die es keine einfachen Antworten geben kann. Zu uns gehören alle, die den unvermeidlichen und absehbar nicht abzuschließenden Streit um diese Antworten als eine Auseinandersetzung führen, die nur auf der Grundlage gleicher Rechte, d.h. in der Anerkennung der Freiheit eines und einer jeden gelingen kann. Wenn es dabei um „Integration“ gehen soll, dann um die Integration aller in das „Weltweitwerden der Welt“ (Derrida).
- ➔ Zu uns gehören deshalb und schließlich alle, die wissen, dass der Krieg gegen den Terror den Terror nicht besiegen kann, weil auch dazu eine andere Welt gebraucht wird: eine Welt, in der Menschenwürde und universelle Menschenrechte nicht verhandelbar, sondern bedingungslos allen zugesprochen sind, ausnahmslos, jederzeit, überall.

Gerade deshalb aber haben wir in den Wahlen der jüngsten Zeit – sieht man von Thüringen ab – keinen Ausdruck, keine Vertretung mehr gefunden, obwohl viele von uns gewählt haben. Um an dieser Stelle direkt von uns selbst, vom *Institut Solidarische Moderne* (ISM) zu sprechen: Viele von uns, vielleicht die meisten, haben ihre Stimmen den Parteien der linken Mitte bzw. der Linken gegeben, nicht immer aus Gründen der Zustimmung oder Zugehörigkeit, oft aus Gründen der strategischen Abwägung. Wir haben aber nie geglaubt, dass das Crossover oder das Mosaik des sozialökologisch-demokratischen Gesellschaftsumbaus, um das es uns ging und weiter geht, in einer Koalition der rot-grün-roten Parteien seine maßgebliche Instanz oder seinen alleinigen Rahmen finden könnte. Doch gerade diesem Überschuss, diesem „Mehr“ über das bloß Parteipolitische hinaus haben wir nicht die Artikulation verliehen, die nötig gewesen wäre: die heute noch nötiger ist als vorher. Einen Neubeginn zu wagen, schließt deshalb ein, auch mit der Mosaik- oder Crossover-Linken neu zu beginnen: sie endlich zur gesellschaftsverändernden Linken eines gemeinsamen Programms und Projekts zu machen.

Dass dies immer noch, dass dies gerade heute möglich ist, liegt daran, dass wir alle zusammen – „tous ensemble!“, „all together!“ – ein Drittel – vielleicht mehr, vielleicht weniger – der Bürger*innen dieses Landes sind und zugleich zur linken Hälfte der Bürger*innen Europas gehören. Uns eint die Suche nach einer Politik, die zwischen der Welt der Rechten und einer möglichen Welt der Linken den Unterschied ums Ganze machen wird: der Unterschied zwischen einer Welt des Hasses, der

Verachtung und der Geringschätzung und einer Welt der Freiheit, der Gleichheit in der Freiheit und einer Geschwisterlichkeit, deren Probe die Gastfreundschaft und das Willkommen sind.

Was also tun?

Nach Lage der Dinge und unter dem Eindruck des Schreckens, der uns in die Glieder gefahren ist, sprechen wir zunächst einmal nur von der Zeit, die uns von jetzt an bis zur nächsten Bundestagswahl bleibt – von heute bis zum Herbst 2017. Wir schlagen vor, ohne weiteren Aufschub mit dem solidarischen Streit um unser Gemeinsames zu beginnen: dem gemeinsamen Programm und Projekt der Bewegung des Willkommens, der Widerstände gegen den Rassismus, gegen Pegida und AfD, der Massenprotesten gegen die neoliberale Prekarisierung des Lebens. Dieses Projekt und Programm wird auch die Artikulation des Gemeinsamen sein, für das sich Hunderttausende seit langem schon in ihrem Beruf und im Ganzen ihres Alltags, aber auch in Gewerkschaften, in Sozial- und Umweltverbänden und natürlich auch in Parteien einsetzen. Der Sinn dieses Politisierungsprozesses ist dabei zunächst ein gesellschaftlicher. Parteipolitisch, parlamentarisch wird er nur insoweit sein, als es dabei immer auch darum gehen wird, den Parteien (nicht allen, aber einigen) eine Wahl einzuräumen: die Wahl, sich der Notwendigkeit einer sozialökologischen Transformation dieses Landes zu stellen und sich dadurch die Möglichkeit zu öffnen, Teil eines Neubeginns der Demokratie zu werden. Wir sagen das ohne jede Häme: Uns geht es um eine gesellschaftliche Alternative, an der auch die politischen Parteien nicht vorbei kommen, weil die Herausbildung dieser Alternative dieses Land und Europa nach links rücken wird.

Global denken, lokal handeln

In der europäischen Perspektive hat die Initiative *Democracy in Europe Movement 2025 (DiEM 25)* auf dem vor uns liegenden Weg nicht nur einen ersten Plan, sondern einen in zehn Jahresfristen gestaffelten Horizont umrissen. Wir schließen uns ausdrücklich der Idee und der Herausforderung an, aus eigener Kraft die Voraussetzungen zu schaffen, damit im Jahr 2025 die verfassungsgebende Versammlung eines anderen, eines demokratischen Europa zusammentreten kann: der demokratische Neubeginn, zu dessen Bildung wir beitragen wollen, kann letzten Endes nur ein europäischer Neubeginn sein. Eine erste Resonanz der von DiEM 25 ergriffenen Initiative vernehmen wir in dem von Hunderten von Wissenschaftler*innen, Gewerkschaftler*innen, Politiker*innen und Mitstreiter*innen von Verbänden und Bewegungen initiierten *Appell Europa neu begründen*. Unser Vorschlag ist, den damit aufgespannten Horizont der nächsten zehn Jahre jetzt endlich auch *vor Ort* und *von unten* zu erschließen. Das wird eine ganz eigensinnige Arbeit sein müssen, die ihre eigenen Orte und Gelegenheiten braucht. Mit ihr kann in *politischen Foren* begonnen werden, die an vielen Orten längst bestehen, an anderen Orten neu zu gründen sind.

- ➔ Wir sprechen von Foren, um ausdrücklich an die *Sozialforen* zu erinnern, in denen die globalisierungskritische Bewegung ihren lokalen Ausgang nahm und zugleich ihre übergreifende Vernetzung fand.

- ➔ Wir sprechen von *politischen* Foren, weil es heute – anders als zur Zeit der Sozialforen – um einen weiter gespannten Anspruch geht: nicht mehr nur um die Einsicht in die Möglichkeit, sondern um die letztendliche Durchsetzung einer anderen Welt. Deshalb wird es in den Debatten dieser Foren – *und ihre Aufgabe wird primär die der Anstiftung von Debatten und der Eröffnung eines Diskurses sein* – nicht mehr nur um einen freien Austausch gehen, sondern um das Ausarbeiten und Festhalten von Resultaten: um das Projekt der sozialökologischen Transformation dieser Gesellschaft.
- ➔ Wir hätten statt von politischen Foren auch von *Runden Tischen* sprechen können und damit an die Ratschläge erinnert, in denen die Bürgerrechtler*innen nicht nur der früheren DDR an ihrem gemeinsamen Programm und Projekt gearbeitet und damit ebenfalls eine gesellschaftliche Umwälzung auf den Weg gebracht haben.
- ➔ Aus demselben Grund aber sprechen wir ausdrücklich nicht von der Gründung politischer Vereine, nicht von der Gründung einer zusätzlichen politischen Organisation, nicht von Satzungen, Dauermitgliedschaften, Vorständen – nicht von Repräsentant*innen und Repräsentationen. Wir brauchen Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, auch Entschlossenheit: aber keine Vereinsmeierei, weder vor Ort, noch im Ganzen. Wir setzen auf einen gemeinsamen Bildungsprozess im weitesten Sinn des Wortes, nicht auf Bürokratie.
- ➔ Deshalb schließt die Beteiligung an diesen politischen Foren nicht die Aufkündigung anderer politischer Verpflichtungen ein. Im Gegenteil: Gerade weil sie auf den demokratischen Neubeginn der Gesellschaft setzen, treten sie nicht an die Stelle der Parteien, der Gewerkschaften, der Bewegungen, der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen und der lokalen sozialen Initiativen. Stattdessen werden die Foren in ihnen und zwischen ihnen Orte ihres Gemeinsamen einräumen: Orte zuerst des demokratischen Ratschlags und dann der solidarischen Einigung auf ein gemeinsames Programm und Projekt. Vor Ort kann die Arbeit der Einigung ihren Anfang überall nehmen: in bestehenden lokalen Netzwerken der Linken, in einer Willkommens-Initiative, einem „Stadt-für-alle“- oder einem Anti-Pegida-Bündnis, einer örtlichen Gruppe von attac oder DiEM 25, einem Kreis von politischen Freund*innen, deren gegenseitiges Vertrauen ineinander sich mehrfach schon bewährt hat. Entscheidend aber wird sein, dass sich überall Einzelne finden, die bereit sind, zu den *Initiator*innen und Moderator*innen* des Prozesses zu werden.

Halten wir an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich fest: *Unser Vorschlag zur Gründung lokaler politischer Foren des demokratischen Neubeginns ist zunächst ein Vorschlag zur Eröffnung von Debatten.* Wir hoffen, dass diese Debatten schon im Herbst 2017 zu einer breiten gesellschaftlichen Debatte geworden sein werden. Soll das gelingen, müssen sich jetzt all' jene in Bewegung setzen, die das Gemeinsame der vielstimmigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zusammenbringen und zusammenbinden wollen. Sich wieder in Bewegung setzen heißt zunächst, sich dafür auch die Zeit zu nehmen: wir wissen, dass das nicht einfach sein wird. Deshalb kann sich die von uns auf den Weg zu bringende *Debattenbewegung* auch nicht auf die Arbeit ihrer lokalen politischen Foren beschränken. Deshalb wird es in den nächsten Monaten auch *regionale Foren* und schon im nächsten

Jahr eine große bundesweite Versammlung geben müssen. Dabei hoffen wir auf nicht weniger als auf die *bundesweite Gründungsversammlung des demokratischen Neubeginns selbst* – auf das Ereignis seines Aufbruchs.

Damit sind wir beim nächst wichtigsten, in mancher Hinsicht auch heikelsten Punkt. Selbstverständlich wird die sozialökologische Transformation nicht die Sache der lokalen politischen Foren, sondern wie heute schon die Sache des vielstimmigen Crossovers aller gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sein. Die gemeinsame Debatte aber wird gebraucht, weil es dabei nicht einfach um die Schaffung eines „breiten Bündnisses“, die Verabredung begrenzter Konsense und Kompromisse, die Verabschiedung von Appellen und Aufrufen geht. Unsere Zeit, das ist unser Punkt, ist nicht mehr nur die Zeit von Bündnissen, sondern die Zeit der Bildung eines gemeinsamen Projekts und – die Zeit seiner Durchsetzung im Horizont der nächsten zehn Jahre.

Weil das so ist, wollen wir zuletzt auch vom Gemeinsamen selbst sprechen: von der sozialökologischen Transformation und dem demokratischen Neubeginn dieser Gesellschaft. *DiEM 25* und den Appell *Europa neu begründen* haben wir hier schon erwähnt, wir hätten auch andere Initiativen nennen können. Unstrittig ist ihnen allen, dass wir in der gegebenen Lage zunächst einmal ein großes humanitäres Sofortprogramm in der EU brauchen: als unumgängliche Voraussetzung, um dem hässlichen Europa der Abschottung ein Europa entgegenzusetzen, das seinen größten Errungenschaften treu bleiben kann – den Menschenrechten und einer auf den Menschenrechten gegründeten Demokratie. Schon ein solches Sofortprogramm wird aber mit dem Regime der Austerität und mit der Auslieferung unserer gemeinsamen Zukunft an eine Wirtschaftsordnung Schluss machen müssen, in der allein der Profit zählt. Dazu gehört, ohne jede Umschweife und in rückhaltloser Offenheit, der Abbruch der Verhandlungen zu TTIP und CETA und eine breite gesellschaftliche Verständigung über eine demokratische Umkehr des Prozesses der Globalisierung. Soll das gelingen, wird im selben Zug schon eine Vielzahl kleiner, in ihrer Konsequenz aber sehr weitreichender Schritte zu gehen sein. So müssen die Handlungsmöglichkeiten der Bundesländer und Kommunen finanziell, aber auch politisch gestärkt werden, es muss sofort mit dem Ausbau, aber auch mit der Demokratisierung des Bildungs- und Gesundheitswesens begonnen werden, es müssen die Systeme der sozialen Sicherung garantiert, erweitert und demokratisiert, es müssen die sozialen, politischen und kulturellen Rechte aller und einer jeden verteidigt und erweitert werden. Als erste Maßnahme einer Wiederaneignung der Städte muss sofort mit der Schaffung von ausreichendem Wohnraum begonnen werden. Für all' das brauchen wir eine radikale Reform der Steuerpolitik, die Unterbindung der kriminellen Steuerflucht, eine gerechte Besteuerung der Kapitaleinkünfte und der großen Vermögen und deshalb eine breite gesellschaftliche Verständigung über eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft. Wir brauchen also nicht weniger als einen Sozialökologischen Gesellschaftsumbau auf dem Weg in eine Solidarische Moderne:

- ➔ eine politische Umkehr und tiefgreifende Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, die sich solidarisch, also sozial und ökonomisch gerecht, nur in ökologisch nachhaltigen Produktions- und Lebensweisen artikulieren können (ökologische Dimension),

- eine gerechte Umverteilung und allen gleichermaßen garantierte soziale Rechte (soziale Dimension),
- eine Erneuerung der Demokratie als Bedingung dieser beiden zusammenhängenden Umwälzungen und zugleich als eigenständiges emanzipatorisches Ziel (politische Dimension).

Die solidarische Auseinandersetzung um diese und andere Fragen hat schon begonnen. Sie von jetzt an auch als unseren Wahlkampf ernst zu nehmen, heißt deshalb, die Frage der materiellen wie der subjektiven Ressourcen zu stellen. Es ist ja nicht so, dass wir nichts zu tun hätten, dass wir nicht längst schon zu viel zu tun haben und dass uns nicht heute schon die Mittel knapp geworden sind, um zu tun, was wir schon tun. Viele von uns sind jetzt schon an den Grenzen der eigenen Energie und gehen oft auch über diese Grenzen hinaus. Die politischen Foren können, ja müssen deshalb zu den Orten werden, um für sich selbst, von unten und dennoch im gemeinsamen Blick auf den ganzen Prozess Prioritäten zu setzen und zu entscheiden, was zu tun ist und welche materiellen und subjektiven Mittel wozu einzusetzen sind. Um an dieser Stelle mit uns selbst den Anfang zu machen:

- Das ISM wird ein Knoten in der Bewegung des demokratischen Neubeginns sein und dazu auch die eigenen Zugänge zur Öffentlichkeit (Publikationen, Website, soziale Netzwerke) öffnen. Eine besondere Rolle wird dabei dem Medienprojekt *talk im transit* zukommen, das ein Schwerpunkt der Arbeit des ISM sein wird.
- Eine wesentliche Rolle in der Gründung der Foren wird ihren lokalen *Initiator*innen und Moderator*innen* zukommen. Das ISM bitte alle, die an ihrem Ort dafür Verantwortung übernehmen wollen, mit uns Kontakt aufzunehmen. Das gilt auch für schon bestehende lokale, auch übergreifende Initiativen.
- Das ISM ist nach Kräften bereit, die zu schaffende Debatten- und Diskurskultur aktiv zu unterstützen. Da die Arbeit der politischen Foren (und gleichgesinnter Initiativen) zu einem erheblichen Teil eine Sache geeigneter Veranstaltungen vor Ort sein wird, sind wir bereit, unseren Vorschlag auch dort zur Diskussion zu stellen.
- Damit die lokalen politischen Foren tatsächlich zum Crossover und Mosaik der vielstimmigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um eine Welt der Linken wird, ist das ISM bereit, sich in die dazu notwendige Vernetzungsarbeit einzubringen. Das gilt auch für die regionalen Foren und für die Idee, die hundertfachen lokalen Aufbrüche 2017 in einer bundesweiten Gründungsversammlung des demokratischen Neubeginns zusammenzuführen.